

PRESSEMITTEILUNG

AMNESTY
INTERNATIONAL



MAHNWACHE ZUR AUFHEBUNG DER TODESSTRAFE UND FREILASSUNG DER GEWALTLOSEN POLITISCHEN GEFANGENEN IN BELARUS - ÜBERGABE VON 20.000 UNTERSCHRIFTEN GEGEN DIE TODESSTRAFE IN BELARUS

Mit einer Kampagne und einer Unterschriftenaktion setzte sich Amnesty International in den letzten Monaten besonders für die Abschaffung der Todesstrafe in Belarus ein. Kopien der mehr als 20.000 in Deutschland gesammelten Unterschriften gegen die Todesstrafe in Belarus sollen nun der belarussischen Botschaft in Berlin überreicht werden.

Die Unterschriftenaktion und -übergabe erhält besondere Relevanz, nachdem am 30.11.2011 Dmitri Konowalow und Wladislaw Kowalew in Belarus zum Tode verurteilt wurden. Konowalow und Kowalew wird vorgeworfen, am 11.4.2011 einen Terroranschlag auf einen Minsker U-Bahnhof durchgeführt zu haben, bei dem 15 Menschen starben und viele Menschen verletzt wurden. Belarus ist das letzte Land in Europa und der ehemaligen Sowjetunion, in dem die Todesstrafe noch vollstreckt wird. In diesem Jahr wurden bereits 2 Personen hingerichtet.

Außerdem setzt sich Amnesty International nach der Inhaftierung von oppositionellen Aktivisten während und nach den Demonstrationen zur Präsidentschaftswahl am 19.12.2010 für die Freilassung der wegen der Organisation und Teilnahme an den Demonstrationen Festgenommenen ein. Die Demonstrationen jähren sich am Montag, den 19.12.2011 und noch immer werden 6 Personen aus diesem Grunde als gewaltlose politische Gefangene betrachtet, darunter 2 Präsidentschaftskandidaten. Insgesamt wurden bei den Demonstrationen über 700 Personen inhaftiert, obwohl sie lediglich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung friedlich wahrgenommen haben. Alle 6 gewaltlosen politischen Gefangenen wurden bereits zu Gefängnisstrafen bzw. Arbeitslager von bis zu sechs Jahren verurteilt. Zudem berichten der aus der Haft entlassene und geflohene Präsidentschaftskandidat Mihalevich sowie der verurteilte Präsidentschaftskandidat Sannikau von Folter und Misshandlungen im Gefängnis. Zusätzlich wird den Gefangenen Berichten zufolge der adäquate Zugang zu Anwälten und Ärzten verweigert, obwohl sie wegen gewalttätiger Polizisten teilweise schwere Verletzungen bei der Verhaftung erlitten haben.

Andrei Sannikau und der Oppositionelle Zmitser Dashkevich wurden in der letzten Zeit mehrfach von einer Haftanstalt zur nächsten versetzt, ohne dass Angehörige oder Anwälte ihren Aufenthaltsort kannten. Nach belarussischen Recht ist das Verlegen von Häftlingen nur in Ausnahmefällen gestattet. Für beide Männer besteht die Gefahr, dass sie Opfer gewalttätiger Angriffe werden.

Amnesty International fordert die umgehende und bedingungslose Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen. Zudem müssen die gegen sie erhobenen Anklagen fallen gelassen werden. Amnesty International fordert weiterhin eine umgehende und unparteiische Untersuchung der Folter- und Misshandlungsvorwürfe gegen den KGB und den freien Zugang zu Ärzten und Anwälten.

Amnesty International setzt sich überdies für die Freilassung des Menschenrechtsverteidigers Ales Bialiatski ein, der im November zu 4 ½ Jahren Haft verurteilt wurde.

Wann: 19.12.2011, 16 Uhr

**Wo: Botschaft der Republik Belarus,
Am Treptower Park 32, 12435 Berlin**

**Was: Mahnwache gegen die Todesstrafe und für die gewaltlosen politischen Gefangenen
in Belarus – Übergabe von 20.000 Unterschriften gegen die Todesstrafe in Belarus**

Für Fragen wenden Sie sich bitte an Jovanka Worner: 0173-7204693; j.worner@gmx.de

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

